

**Statement des Präsidenten der Goethe-Universität
in der Senatssitzung am 15.11.2023**

Es gilt das gesprochene Wort.

Die Ereignisse vom und seit dem 7. Oktober erfordern eine klare Positionierung: Den Opfern und ihren Angehörigen ist unsere tiefe Anteilnahme gewiss. Die Terrorangriffe auf Israel haben uns zutiefst erschüttert. Die anfängliche Ohnmacht und Sprachlosigkeit ist der Trauer und Besorgnis um die zahlreichen Freunde, Familien und unsere akademischen Partner, vor allem an der Hebrew University Jerusalem, der Tel Aviv Universität und dem Weizmann Institut, gewichen.

Wir erleben aktuell eine weltweite Protestwelle gegen den Terror der Hamas, aber auch gegen Israel. Dabei zeigt sich wiederholt, dass die Grenze zum Antisemitismus vielfach überschritten wird. Dies ist vollkommen inakzeptabel. Ebenso werden wir nicht tolerieren, dass sich in der Folge Jüdinnen und Juden, dass sich ein Teil unserer Studierender und Angehörige unserer Universität hier nicht mehr sicher fühlen.

In aller Deutlichkeit: An der Goethe-Universität gibt es für Antisemitismus, Diskriminierung in jeglicher Form und Rassismus keinen Raum!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir, das Präsidium und unsere Mitarbeitenden, beobachten die Situation sehr genau. Und wir stehen mit vielen der Betroffenen im engen und direkten Austausch: Mit unseren jüdischen Partnern in Israel und hier vor Ort, etwa der Jüdischen Akademie des Zentralrats der Juden in Deutschland, mit unseren jüdischen Studierenden, dem Verband Jüdischer Studierender Hessen, mit der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, mit dem Staatssekretär für Europaangelegenheiten und gleichzeitigem Antisemitismusbeauftragten Hessens, Uwe Becker.

Wir haben uns drei Tage nach dem terroristischen Überfall am 10.10. öffentlich mit Bezug zu unseren Partneruniversitäten zu den Ereignissen in Israel geäußert und sofort Kontakt zu ihnen aufgenommen, den wir bis heute pflegen.

Parallel haben wir bauliche Maßnahmen zum Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen, für die eine abstrakte Gefährdungslage besteht, schnell in die Wege geleitet.

Am 30.10. wurde ein Rundschreiben an alle Mitarbeitenden der Universität versendet, in dem unter anderem auf die aktuelle Belastung vieler Betroffener an der Universität aufmerksam gemacht und auf Unterstützungsangebote verwiesen wurde. Am gleichen Tag hat der Direktor des Weizmann Instituts auf Einladung der Goethe-Universität bei der Eröffnung des 1.2 GHz NMR in Anwesenheit der Bundesforschungsministerin und des hessischen Finanzministers gesprochen.

Einen Tag später, am 31.10., habe ich mich in meiner Eigenschaft als Präsident der Goethe-Universität bei der Benennung des Freimannplatzes klar öffentlich positioniert. Diese Positionierung habe ich am 12.11. auf der Konferenz „Jüdisch-christliche Nachbarschaften“, welche gemeinsam mit der Jüdischen Akademie stattfand, bekräftigt.

Am 06.11. wurde das „Center for Childhood and Child Welfare in Context“ mit der Hebrew University Jerusalem gegründet, was in diesen Zeiten nur im virtuellen Raum möglich war. Dennoch nutzten wir diese Gelegenheit auch, um uns mit den Kolleginnen und Kollegen der Hebrew University auszutauschen, genauso wie am 09.11. erneut mit dem Präsidium der Tel Aviv University.

Und letztlich, am heutigen Tag, wurde eine Webseite mit allen wichtigen Hinweisen und Informationen zum Umgang mit der aktuellen Situation freigeschaltet.

Das ist der Rahmen, in dem wir derzeit arbeiten und weiterarbeiten. Die Art des Umgangs mit der Situation entspricht aus meiner Sicht den Kernaufgaben einer Universität.

Meine Damen und Herren,

wenn es um den Raum des Zusammenlebens und -arbeitens geht: Angemeldete wie unangemeldete Demonstrationen an den Standorten der Universität werden in enger Abstimmung mit der Polizei von uns begleitet. Auch bei antisemitischen Parolen, die derzeit noch nicht als strafrechtlich relevant eingestuft werden, wurde und wird auch zukünftig von Seiten der Universitätsleitung eingegriffen und in Zweifelsfällen Strafanzeige erstattet. Was die Begleitung und Einschätzung der Sicherheitssituation angeht, stehen wir im Austausch mit der Polizei und dem Ordnungsamt der Stadt Frankfurt als hiesiger Versammlungsbehörde.

Darüber hinaus organisiert das Gleichstellungsbüro aktuell ein Informations- und Austauschformat für Lehrende, die sich Unterstützung bei der inhaltlichen Gestaltung von Diskussionen rund um den Terrorangriff auf Israel, die anschließenden Entwicklungen sowie rund um die aktuellen Diskurse in Deutschland wünschen, und zugleich Hinweise benötigen, um Antisemitismus identifizieren zu können. Zudem läuft derzeit eine Abfrage bei den Fachschaften, welche Unterstützungsbedarfe dort akut gesehen bzw. benötigt werden. Die Rückmeldungen werden am 22.11. (Mittwoch) in der Studiendekane*innenrunde Ausgangspunkt für eine Verständigung zu Kommunikations- und ggf. weiteren Unterstützungsmaßnahmen sein. Denkbar wäre von unserer Seite aus, für einen begrenzten Zeitraum, einen Roundtable zum Austausch und zur Abstimmung des weiteren Vorgehens in der Lehre einzurichten. Auch innerhalb einzelner Fachbereiche gibt es bereits Initiativen, die wir ausdrücklich unterstützen.

Meine Damen und Herren,

als Präsident der Goethe-Universität erwarte ich, dass die bei uns an der Goethe-Universität und von unseren Mitgliedern, Angehörigen und Studierenden geführten Diskussionen entlang wissenschaftlicher Kriterien und ohne Diskriminierung jeglicher Art, ob gegen Menschen jüdischen, muslimischen oder anderen Glaubens, geführt werden.

Wir als Präsidium der Goethe-Universität möchten sie dazu ermutigen, in den Dialog zu treten, und fordern sie auf, einander stets respektvoll zu begegnen, sich im Sinne unseres Leitbilds gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus zu stellen.

Zudem fordern wir Sie auf, uns antisemitische Vorkommnisse jeder Art im universitären Kontext zu melden, damit wir die entsprechenden Maßnahmen in die Wege leiten können.